

Als die Arbeiter wieder zu ihrer Arbeit zurückkehrten, wurden sie von französischen Truppen umringt. Sie mussten die Hände hochheben und sich einer Beschlagnahme unterziehen, die ergebnislos verlief. Obwohl keiner der Arbeiter Waffen bei sich trug, und obwohl von Seiten der Franzosen selbst der Versuch unternommen wurde, die Franzosen zu tödnen, das Revolververbot zu verletzen und sie zu tödnen, wurden die Arbeiter unter Bewachung, da die Arbeiter jedoch unter französischer Bewachung nicht arbeiten, legten sie die Arbeit nieder.

Nach fünfmonatiger Besetzung geräumt.
Die Stadt Blandenstein ist nach fünfmonatiger Besetzung von den Franzosen geräumt worden. Der Amtmann Abel aus Blandenstein befindet sich jedoch noch immer im Gefängnis zu Göttingen.

Die Verhandlungen in Lausanne.

Das politische Komitee behält gestern morgen die verschiedenen in der letzten Zeit getroffenen Vereinbarungen, vor allem das Abkommen über die neue griechisch-türkische Grenze bei, ausgenommen Einzelfragen, die noch von den Sachverständigen geprüft werden. Der neu eingetroffene bulgarische Delegierte Mordoff genehmigte die Klauseln über die Annettierung Thrakiens, protestierte aber nachdrücklich gegen die unzulässige, Lösung der Frage des bulgarischen Zuganges zum Meer. Die Anerkennung des französisch-türkischen Nebenvertrages soll endgültig durch ein Schreiben der französischen Delegation an die türkische Delegation, in dem jenes Abkommen bestätigt wird, geregelt werden. Das Komitee sanktionierte schließlich auch die englischtürkischen Vereinbarungen über die neuzeitliche Brille für die Moskauverhandlungen. Die langwierigen Verhandlungen über die Zulassung Belgiens, Portugals, Polens und der Tschechoslowakei zu den wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages gelangten ebenfalls zum Abschluss. Danach erklärten sich die Türken nur mit der Zulassung Belgiens und Portugals einverstanden. Die Zulassung Polens soll durch die türkisch-polnischen Sonderverhandlungen als erledigt. Das die Tschechoslowakei anbetrifft, so sind die Türken zu besonderen Verhandlungen mit diesem Staat über ein Handelsabkommen bereit.

Mit der gestrigen Sitzung des politischen Komitees, die sich den letzten Sitzungen des wirtschaftlichen und Finanzkomitees anreihen, kann die Generaldebatte als erledigt gelten. Offen bleiben noch die drei großen Hauptfragen: Kupferfrage, Konzessionen und die Räumung Konstantinopels. Es verlautet, daß die alliierten Delegationen ihre Instruktionen über diese Fragen heute erwarten und dann zu gemeinsamer Sitzung zusammenzutreten werden. Der französische Finanzsachverständige Bagneton, der bisher in der Kupferfrage eine Rolle spielte und vorgestern in Paris weilte, ist in Lausanne eingetroffen.

Der soziale Ausgleich.

Kürzlich fand — veranstaltet von der Abteilung „wirtschaftlicher Sachverständigen“ des Verbandes Sachverständiger Industrieller — ein Vortrag des bekannten Universitätsprofessors Dr. Borneser aus Gießen vor den Führern der sächsischen Industrie, der Landwirtschaft und des Groß- und Kleinhandels im Hause des Herrn Generalkonsuls Wilhelm Kaufmann zu Dresden statt, welcher die Frage des sozialen Ausgleichs behandelte. In weit ausgreifenden Darlegungen schilderte Prof. Dr. Borneser den Zusammenbruch unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens, ging auf die sozialen und politischen Folgen unseres Niederganges ein und zeigte, auf welchem Weg durch verständnisvolles Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer es möglich sein würde, das deutsche Staatsvolk durch die kümmerlich bewegte See der Gegenwart hindurch zu steuern. Es schloß sich eine längere, ausführende Diskussion an den Vortrag des Redners, in welcher praktische Arbeitsziele für die nächste Zukunft aufgestellt wurden. Jedenfalls hat die Unterhaltung einen Beweis dafür, daß Industrie, Landwirtschaft, Groß- und Kleinhandel sich der schweren Verantwortung bewußt sind, welche ihre Stellung als Arbeitgeber für so große Teile unseres Volkes mit sich bringt. Es wurde beschlossen, häufiger derartige Veranstaltungen stattfinden zu lassen, um auf den anstrengten Bahnen möglichst zu einer Hebung der Gegenstände zu der Arbeiterschaft zu gelangen und um dem unheilvollen Klassenkampf wirksam entgegen zu treten.

Deutschland vor dem Haager Schiedsgericht.

In der gestrigen Sitzung des Internationalen Gerichtshofes in Haag wurde die Angelegenheit des englischen Dampfers „Wimbledon“ verhandelt, der eine einer französischen Gesellschaft gehörige, für Polen bestimmte Sendung von 4000 Tonnen Munition an Bord gehabt hatte und dem am 21. März 1921 die Durchfahrt durch den Kieler Kanal verweigert wurde. Frankreich, England, Italien und Japan haben eine Schadensforderung in Höhe von 147 082 Franken eingereicht mit der Begründung, daß die Haltung Deutschlands dem Versailler Vertrag widerspreche. Polen hat auf Grund des Art. 62 des Statuts des Gerichtshofes beantragt, sich den klagenden Mächten anzuschließen zu dürfen, da es an der Angelegenheit als Empfänger interessiert sei. Im Verlaufe der gestrigen Verhandlung vertrat sich der polnische Vertreter auf Art. 63, auf Grund dessen Polen als Mitunterzeichnete des Versailler Vertrages berechtigt sei, Klage zu erheben. Hierauf wurde die Verhandlung vertagt.

In Bulgarien herrscht Ruhe.

Die Agence Bulgare meldet: Gewisse rumänische Blätter veröffentlichten auch weiterhin vollkommen falsche und tendenziöse Nachrichten über die Lage Bulgariens und bringen unter anderem die fälschliche Meldung, die bulgarische Regierung habe ein Heer von 500 000 Mann aufgestellt. Dieser Behauptung ist um so verwerflicher, als er von rumänischen Journalisten geführt wird, die während der entscheidenden Ereignisse in Sofia waren und sich ebenso wie ihre ausländischen Kollegen von der wirklichen Lage des Landes überzeugen konnten. Die im Ausland verbreiteten Gerüchte über die Kameleitentzug und den Uebertritt von Banden an der griechisch-bulgarischen Grenze sowie über Schmarotzerei mit ihnen sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Derartige Zwischenfälle sind unmöglich, da das neue bulgarische Kabinett gleich vom Beginn seiner Amtsführung an den Grenzbehörden strenge Weisung erteilt hat, jedem Versuch eines Einbruchs in das Gebiet eines Nachbarlandes zuvorzukommen und ihn nachdrücklich zu verhindern.

Die bulgarische Telegramm-Agentur meldet: Die Meldung aus Athen, wonach durch reguläre Truppen unterstützte bulgarische Banden in der Thessalien eingedrungen seien, ist falsch, ebenso die Meldung über blutige Zusammenstöße an der serbischen Grenze. An allen Grenzen herrscht durchaus Ruhe.

Amerikas Zurückhaltung.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Denver sprach Präsident Harding dort über die Drohgebühren-gesetzgebung der Vereinigten Staaten und über den Beitritt Amerikas zum Internationalen Gerichtshof in Haag. Er erklärte u. a., er wünsche keine Vermischung in die Politik der alten Welt, und er gedente sich nicht dafür einzusetzen, daß die Vereinigten Staaten deren Streitigkeiten regeln. Er wüßte die Politik der Vereinigten Staaten nur sehr

unvollkommen auf die Vorbereitung und Durchführung des internationalen Friedens und die rechtliche Regelung von Streitigkeiten, die von ihm selbst vorweg nicht möglich, zu weiterer Beschäftigung der Beziehungen und schließlich zum Krieg führen würde.

Wirkend ist englisch-amerikanische Presse.

Die deutsche Presse der inländischen und der englisch-amerikanischen Presse haben gestern dem Präsidenten Millerand ein Schreiben geschickt, zu dem außer Millerand mehrere Mitglieder der Regierung und die Botschafter Englands, Amerikas, Belgiens und der Schweiz eingeladen waren. Namens der ausländischen Presse begrüßte der Botschafter der Times, Suddleton, den Präsidenten mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte: Wir alle sind Freunde Frankreichs. Wir versuchen es zu verstehen. Wir sind uns klar über die außerordentlichen Anstrengungen, die es unternommen müßte, um seine Ruinen wiederherzustellen. — Millerand antwortete mit einer Rede, in der er u. a. sagte: Frankreich sei dazu gezwungen, nach derartigen ergebnislosen Verhandlungen die Methoden zu ändern und mit seinen Freunden den Zwang Deutschland gegenüber anzuwenden. Sie, meine Herren, die Sie in unserer Mitte leben, haben sich über uns gut klar werden können. Sie wissen, daß uns der Welt der Ruine und des Hoffens fern liegt. Auch auf die Meinungsunterschiede unter den Alliierten kam Millerand zu sprechen und führte aus, daß selbst die besten Freunde oft gezwungen sind, in ihren Meinungen auseinanderzugehen. Wir tragen derartige vorübergehende Verhimmungen leicht, weil zwischen erprobten Freunden gegenseitiges Vertrauen fest im Fuß gefaßt hat. Sie alle wissen, daß der Friede der Welt von der Republik Frankreich nicht zu fürchten hat. Das schlimmste Mißgeschick, das uns widerfahren könnte, wäre, daß wir verkannt werden könnten.

Eine amerikanische Kommission in Deutschland.

München. Nach der nächsten Zeitung sprachen am Sonntag zwei Amerikaner, Prof. Lincoln Douthett und Dr. Frank Holder, beim hiesigen Oberpräsidenten vor. Sie berieten zur Zeit im Auftrag Coopers Deutschland, um Gefundungen über seine Ernährungslage einzuziehen. Gelegentlich eines Besprechens mit dem Oberpräsidenten Gromowski ließen sie sich eingehend über die augenblickliche Ernährungslage im Einbruchgebiet unterrichten. Dabei wurde vom Oberpräsidenten darauf hingewiesen, daß durch das gewaltsame Vorgehen der Franzosen die Versorgung mit Kartoffeln und Frischmilch äußerst gefährdet sei. Die Amerikaner nahmen mit lebhaftem Interesse von den Ausführungen des Oberpräsidenten Kenntnis und erklärten, daß sie auch seiner Anregung, sich durch persönliche Fühlungsnahme mit verschiedenen Schichten der Bevölkerung des Ruhrgebietes von der Lage selbst zu überzeugen, Folge leisten würden. Darauf legten sie ihre Reise ins Einbruchgebiet fort.

Bombenattentat auf den Wiesbadener Bahnhof.

Gestern früh explodierte in der Halle des Wiesbadener Bahnhofes eine Bombe. Sämtliche Schienen des Gebäudes wurden durch den Luftdruck zertrümmert, die Einrichtungen sind zum Teil zerstört. Ein Mann und eine Frau wurden schwer verletzt. In der Frankfurter Börde wurde gestern eine Artilleriegranate mit Fäulnis gefunden. Der Börsenplatz wurde sofort abgesperrt. Die Untersuchung wird ergeben, ob es sich um ein Attentat auf die Börse oder nur um einen schlechten Scherz handelt. Nach einer Meldung der „Wolffischen Zeitung“ ist wegen der Explosion einer Bombe auf dem Hauptbahnhof in Wiesbaden über die Stadt eine Verkehrsperre von 1/9 Uhr abends ab verhängt worden. Jede Ein- und Ausreise ist und aus dem Stadtgebiet ist gesperrt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.
Der Deutsche Bankbeamtenverein hielt seinen seine Hauptversammlung ab, an der 150 Delegierte teilnahmen. Der Vorsitzende Färstenberg (Berlin), Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, erhielt den Geschäftsbericht, aus dem hervorgeht, daß der Verein zurzeit etwa 95 000 Mitglieder zählt. Der Gedanke des Reichsarbeitsrat vorwärts geschritten. Bei dem Kampfe um berechtigte Forderungen werde man selbst vor dem Streit nicht zurückweichen. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit sei in Kürze zu erwarten. Die Aussprache führte zur Annahme mehrerer Resolutionen, welche die wirtschaftlichen Forderungen der Bankbeamten festlegten. Aufhebung eines Handelskammerbeschlusses. Nach Zeitungsberichten ist in der französischen Kammer Protest erhoben worden gegen einen Beschluß der 4. Kammer für Handelskassen bei dem Landgericht Leipzig vom 9. April 1920, durch den einer in Mühlhausen ansässigen, in einem Zivilprozeß als Klägerin auftretenden Firma mit Rücksicht auf die durch den Ruhrstreik verursachten Verhältnisse jede weitere gerichtliche Handlung verweigert worden ist. Es sei hierzu festgestellt, daß dieser Beschluß inzwischen durch Entscheidung des Oberlandesgerichts vom 26. Mai 1923 aufgehoben worden ist.

Grasbüchse Rinderhilfeaktion der Holländer. Nach dem holländischen Blatt „Het Volk“ veröffentlicht der Antwerpener Gewerkschaftsbund in der holländischen Presse einen Aufruf zu einer großzügigen Hilfsaktion für die Ruhrkinder. Nach dem Aufrufe sollen bereits so viel Mittel zur Verfügung gestellt worden sein, um mehrere tausend Rinderkinder unterzubringen. Als Bedingungen werden gestellt: Verpflichtung für eine Rinderbäuerin von drei Monaten, ärztliche Untersuchung der Kinder vor ihrer Abreise aus Deutschland. Ferner müssen die Kinder mit Kleidern und Schuhzeug, berechnet für einen dreimonatigen Aufenthalt, versehen sein. Der Abtransport nach Holland soll noch Mitte Juli stattfinden. Das Komitee setzt sich zusammen aus Vertretern der Gewerkschaften und Mitgliedern des früheren internationalen Rinderhilfekomitees in Holland. Das Gesundheitsamt für Gögges überreicht. Das offizielle Gesundheitsamt für den zum Tode verurteilten Gögges ist vom Verteidiger dem Revisionsobergericht in Düsseldorf überreicht worden. Dem Versuch, ein Schreiben des Vaters und des Bruders des Gögges beizugehen.

Ein politischer Mord. In der Nähe von Paris wurde ein gewisser Walter Gadow ermordet, weil er im Verdacht liegen sollte, Spionagedienste für die Kommunisten geleistet zu haben. In Verfolg der Ermittlungen sind gestern vormittag von der Abteilung la des Berliner Polizeipräsidiums zwei junge Leute verhaftet worden. Sie wurden einem eingehenden Verhör unterzogen, nach dessen Beendigung die beiden weiter in Haft behalten wurden. Die Verhafteten, die beide der angesehenen deutsch-österreichischen Freireisepartei angehören, sollen früher im Berliner Büro der Arbeitgemeinschaft Hohloch tätig gewesen sein.

Steben Epone vor dem Reichsgericht in Leipzig. Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig wurde am Montag gegen die beiden Epone verhandelt, deren Arbeitsgebiet sich auf Wälder, Uferdorn, Dogen, Rinden und Düsseldorf erstreckte. Das Urteil wurde heute gefällt. Der Hauptangeklagte Franz Richner, Kraftwagenfahrer, wurde zu 3 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Gef.

gestrichelt und Stellung unter Polizeiaufsicht, der Unterwachmeister der Göggeleier Emil Böttcher zu drei Jahren Zuchthaus, Göggeleier Göggeleier zu neun Monaten Gefängnis und Heinrich Stricker zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die drei Schmittsünder Bieler, Kistke und Thodor Stricker wurden freigesprochen.

Streik in der Berliner Holzindustrie. In der Berliner Holzindustrie sind die Arbeiter wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Polen.
Das rumänische Botschafter in Warschau. Am Sonntag vormittag 10^u Uhr ist das rumänische Botschafter in Warschau eingetroffen. Auf einem zu Ehren des rumänischen Botschafter im Schloß Belvedere veranstalteten Festessen wurden zwischen dem Präsidenten der Republik und dem rumänischen Botschafter Gespräche, die die Freundschaft und die gemeinsamen Interessen Polens und Rumaniens betonen.

Belgien.
Das belgische Interimskabinett. Aus Brüssel wird gemeldet: Die Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts sind der Ansicht, daß von ihnen die innere Lage verlangt, die interalliierten Verhandlungen fortzusetzen. Infolgedessen werden die begonnenen Verhandlungen über die Kabinettsbildung unterbrochen.

Tschechoslowakei.
Maffarz schwer erkrankt. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik, Masaryk, ist auf der Reise in Wien erkrankt. Er mußte die geplante Weiterreise nach Tunis aufgeben. Sein Zustand gibt mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter zu Besorgnissen Anlaß.

England.
Die englische Arbeiterpartei zum Rhein-Ruhr-Kamp. In London trat gestern der Jahreskongress der Arbeiterpartei zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Ruhrbesetzung und die Frage der englischen Truppen am Rhein.

Die Frage von Tanger. Wie Davao meldet, ist es nunmehr sicher, daß die Zusammenkunft der englischen, französischen und spanischen Experten zum Studium der Frage von Tanger im Foreign Office in London stattfindet.

Spanien.
Politische Krise in Spanien. Die politische Situation erlitt in diesen Tagen eine neue ernste Krise. Verschiedene Minister, in erster Linie Azaña, nahmen einen entgegengesetzten Standpunkt ein, der von der Regierung eingeschlagenen Politik ein. Der Rücktritt besagter Minister würde die Auflösung der aus verschiedenen liberalen Gruppen geschiedenen Koalition bedeuten.

Frankreich.
Eine Niederlage für Voincaré. André Tardieu schreibt in seinem „Echo National“, das Ergebnis der Nachwahl im Wahlkreis Versailles bedeute eine Niederlage für Voincaré. Der Bloch der Linken habe gegen die Wahl von 1919 nur 28 000 Stimmen gewonnen, die Voincaristen rund 40 000 Stimmen. Der Bloch der Linken, der 1919 mit rund 12 000 Stimmen in der Wahlbereitschaft gebildet sei, habe jetzt eine Mehrheit von rund 58 000 Stimmen erzielt. Das sei eine Niederlage für die Gedanken, die Clemenceau und Millerand ausgesprochen, und die zu dem Siege von 1919 geführt hätten. Das sei auch eine Niederlage für die republikanische Mehrheit der Kammer, die seit 1920 fortgesetzt irreführt werde, und die am 15. Juni für Voincaré gestimmt habe. Diese Mehrheit müsse die Reben nachsehen, die die Anhänger Clemenceaus seit annähernd vier Jahren gehalten hätten. Sie werde dann erkennen, daß es an Warnungen nicht gefehlt habe und das Ergebnis nur diese Warnungen bestätigt habe. Tardieu ruf Voincaré zu: „Du hast es gewollt, George Dandin!“

Arbeitszeitgesetz.

Mit der Bitte um Veröffentlichung wurde uns Folgendes überandt:
Der Reichswirtschaftsrat hat die Arbeitswoche für ungelernete Arbeiter, Lehrlinge und Jugendliche auf 54 Stunden festgesetzt. Arbeitspausen und Arbeitsbereitschaftszeit werden dabei nicht mitgerechnet. Lehrlinge dürfen überdies zu einer weiteren Stunde Vorbereitungs- und Aufklarungsarbeiten herangezogen werden. Der junge Mensch wird also unter Umständen 9—10 und mehr Stunden an seiner Arbeitsstätte festgehalten werden. Das bedeutet die Rückkehr zu Bedingungen der vergangenen Jahrzehnte, wo es gefordert war, junge Menschen zu versklaven. Dagegen müssen alle Front machen, denn dadurch werden alle getroffen. Wo soll der junge Mensch dann noch die Zeit verbringen, um Körper und Geist durchzuführen?

Der evangelische Jünglingsverein Gröda, die Wandervogelgruppe Riela, die Gruppen Gröda und Riela der Arbeiterjugend haben sich deshalb einem Protestschreiben des Reichswirtschaftsrates an den Reichstag, Berlin, angeschlossen, das folgenden Inhalt hat: Wir unterzeichneten jungen Menschen von Gröda und Riela legen Verwahrung dagegen ein, daß man versucht, unsere Freiheiten weiter einzuschränken. Wir fordern vor allem einseitigen Reichstagsabgeordneten, daß sie unter allen Umständen dagegen stimmen, daß unsere Arbeitszeit auf 54 Stunden innerhalb einer Woche erhöht wird, daß dabei Arbeitspausen und Arbeitsbereitschaftszeit nicht mit eingerechnet werden, so daß wir unter Umständen 10 und mehr Stunden an der Arbeitsstätte festgehalten werden. Wo sollen wir dann noch die Zeit verbringen, um uns zu erholen für unsere Körper, um Sport und Spiele zu betreiben, für unsern Geist, um uns selbst weiter auszubilden? Wir fordern dagegen alle Abgeordneten auf, folgende Mindestforderungen durchzusetzen: 1. Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen höchstens nur sechs Stunden am Tage arbeiten; Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren dürfen wöchentlich nur 48 Stunden arbeiten. Die geleglich festgelegten Pausen, sowie der freie Sonabendnachmittag sollten allen Jugendlichen gesetzlich zugewiesen werden. Ueberstunden dürfen nicht geleistet werden. 2. Die Arbeitszeit darf nur zwischen 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends liegen. Nachtarbeit von Jugendlichen ist unter allen Umständen verboten. Auch die zwölfstündige Arbeitszeit nach der Arbeitszeit muß eingehalten werden. Ausnahmen sind nicht zulässig. 3. Auch der Pflichtfortbildungsschulbesuch von Jugendlichen in die 45 Arbeitsstunden einberechnet werden. — Die Lehrerschaft der Volksschule Gröda hat sich diesem Protest der Jugend gegen das Arbeitszeitgesetz angeschlossen.

Ganz- und Landwirtschaft.

Die künstliche Düngung im Kleingarten. Bei dem Lichtbildvortrag, den wir schon berichtet, der Leiter der Reichszentralstelle für Kleingartenwesen, am 29. Juni 1923, abends 7^u Uhr im Hotel „Höfner“ gehalten wird, wird auch die richtige Düngung im Kleingarten besprochen. Es dürfte da mancher Kleingärtner zu seinem Staunen erfahren, daß er bislang vieles falsch gemacht, viel Geld umsonst ausgegeben und wertvolle Gelegenheiten zur Erzielung von großen Erträgen verpasst hat. Es ist für die Kleingärtner, überhaupt für jeden, der ein Stück Land bebaut, unbedingt nötig, zu wissen, wann und wie die verschiedenen Dünger angewendet sind, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Zugleich soll auch der Vorkaufbau, die Erdbereitigung und Tomatenzucht behandelt werden. Da der Vortragende in Baden als erster Sachverständiger für die Fragen des Kleingartenwesens gilt und vergangenen Sommer mit einer Wanderausstellung, durchgeführten Vorträge erzielte hat, kann der Besuch des Vortrages nur dringend empfohlen werden. (Höfner 1. Hauptsaal.)